



SP Kanton Bern

17.03.2014 | Medienmitteilung

Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots (PMG)

Förderung von preisgünstigen Mietwohnungen weiterführen

Nach wie vor herrscht Wohnungsnot vor allem in den Agglomerationen, aber auch im Raum Interlaken. Günstige Wohnungen verschwinden und werden zur Mangelware. Trotz ersten Erfolgen hat die bürgerlich dominierte Kommission am 15. Januar 2014 das Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsbaus PMG versenkt. Die SP Kanton Bern setzt alles daran, diesen kurzsichtigen und falschen Beschluss zu korrigieren. Die SP-Juso-PSA-Fraktion beantragt deshalb eine auf vier Jahre befristete Weiterführung des PMG.

Die Erfahrungen der ersten drei Jahre PMG zeigen, dass das Gesetz sowohl in Städten wie Biel als auch in ländlichen Regionen wirksam ist. Es sind vor allem kleinere und nicht- resp. semiprofessionell organisierte Genossenschaften in ländlichen Gegenden, die dank den geförderten Projekten strategische Themen aufgegriffen und gelernt haben, Projekte zu planen und umzusetzen. Beispiele sind regionalpolitisch wichtige Neubauprojekte wie die verschiedenen Alterswohnprojekte in Bolligen, Wichtrach, Moosseedorf, Wynigen und Leuzigen. Fraktionspräsident Michael Aebersold hält dazu fest: „Eine abruptes Ende der Förderung ist völlig kontraproduktiv. Das PMG ist ein wohnpolitisches Erfolgsmodell.“